WerkstattGeschichte 6, Ergebnisse Verlag, Hamburg 1993, S. 47-56

Brigitte Kassel

Üble Nachreden. Zur Streitkultur einer deutschen Männergewerkschaft

»*Bazillen*«, »*Spaltpilze*«, »*radikale Schreier*«, »*Jammergestalt*«, »*Lakai des Kapitals*« – derlei Bezeichnungen des innergewerkschaftlichen politischen Gegners waren im Deutschen Metallarbeiter-Verband[1] (DMV) nicht nur in der Weimarer Republik an der Tagesordnung.[2] Auch begnügte man sich nicht mit Verbalattacken gegen Andersmeinende. Vor allem gegen Ende der zwanziger Jahre führte der Vorwurf gewerkschaftsschädigenden Verhaltens zu zahlreichen Ausschlußverfahren gegen kommunistische Verbandsmitglieder.[3] Hier eskalierten politische Konflikte, die seit der sozialdemokratischen Parteispaltung im Ersten Weltkrieg an Brisanz auch für die Gewerkschaftsbewegung gewonnen hatten. Es stellt sich allerdings die Frage, warum die Fraktionen zum Schaukampf antraten und den K.o.-Sieg ausgerechnet über den inneren Gegner probten. An Warnungen vor der »Herz und Hirn vergiftenden Propaganda« und der völligen »Zerfleischung und Zerrüttung der Organisation« und an Hinweisen auf den Rückzug angewiderter Mitglieder fehlte es nicht.[4] Die Berliner Funktionäre sorgten sich vor allem um die abstoßende Wirkung der Auseinandersetzungen auf potentielle weibliche Mitglieder.[5]

Ein Blick in das Verbandsorgan des DMV, die Metallarbeiter-Zeitung (MAZ), zeigt außerdem, daß auch in der ›guten alten Zeit‹ der polemisch gewürzte Streit bis hin zu persönlichen Beschimpfungen und Beleidigungen Funktionären und Mitgliedern keineswegs fremd war. Innergewerkschaftliche Differenzen wurden in aller Öffentlichkeit durch Verunglimpfung politischer Abweichler ausgetragen. Ebenso wurde der negative Effekt der Debatten auf Mitgliederwerbung und Versammlungsbesuch vermerkt.[6] Am Beispiel der Auseinandersetzungen über den Maifeierbeschluß von 1909 möchte ich im folgenden einen plastischen Eindruck vom Diskussionsstil dieser Männerorganisation geben und dann eine Streitform beschreiben, die in der Weimarer Republik zeitweilig zu

Titelbild des Geschäftsberichts des DMV, Verwaltungsstelle Frankfurt a.M. 1917

einer ›Zivilisierung‹ der Debatte führte.

Die Auseinandersetzungen um den Maifeier-Beschluß[7] mögen zwar in ihrem Ausmaß an Polemik und Unsachlichkeit krass sein, das Beispiel ist aber von besonderem Interesse, da die MAZ, also ein Agitationsmittel des Verbandes, die Bühne des Schaukampfes war und der Verbandsvorstand in Person der Redakteure die Schauspieler stellte. Im Zentrum meiner Darstellung steht nicht die eigentliche, inhaltliche Kontroverse um die Maifeier, vielmehr interessiert mich die Form der Auseinandersetzung. Damit folge ich im Grunde der Redaktion der MAZ, die sehr bald in ihrer Berichterstattung über die Generalversammlung und ihre Beschlüsse von der reinen Information abwich, sich statt dessen geradezu mit Lust auf ihre Opfer stürzte, welche weniger den Beschluß als viel stärker die Art der Behandlung des Themas »Maifeier« auf dem Verbandstag kritisierten.

»Männer«und »Memmen«

Die DMV-Generalversammlung (GV) verabschiedete im Juni 1909 eine Resolution, wonach dem einzelnen Mitglied die Teilnahme an der Maifeier überlassen wurde. Die Erfahrungen hätten nämlich gezeigt, daß in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie eine allgemeine und wirksame Arbeitsruhe am 1. Mai nicht »*ohne schwere wirtschaftliche Kämpfe und dadurch bedingte Schädigung der gewerkschaftlichen Organisation*« durchsetzbar sei. Der 1. Mai könne deshalb »*als gewerkschaftliches Kampfmittel zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie zur Befestigung bereits errungener Positionen nicht betrachtet werden*«. Der Abschied von der Verpflichtung der Gewerkschaftsmitglieder zur Maifeier hatte konsequenterweise die Abschaffung der Unterstützungsleistungen für in diesem Zusammenhang gemaßregelte Mitglieder zur Folge.[8]

Am letzten Verhandlungstag nahm Georg Reichel als DMV-Vorstandsmitglied in einer einstündigen Rede Stellung zur Resolution des Vorstandes. Offenbar schien es notwendig, für eine mit »*größter Sachlichkeit und Objektivität*« geführte Diskussion und gegenseitiges Verständnis zu werben. Zugleich sprach Reichel sich dagegen aus, die Befürworter der Resolution »*in die Parteischablone des sogenannten Revisionismus [zu] pressen*« bzw. ihre Gegner »*unter die Radikalen zu rechnen*«. »*Wir haben mehr Duldung und Verständnis für andere Ansichten notwendig, weniger Schablone und mehr Mannigfaltigkeit bei unsern Bewegungen*«. Interessant ist, daß der für Toleranz plädierende Reichel später zur »*Modernisierungsgruppe*« (Steinke) im alten Vorstand gehörte und auch nach dem Sieg der oppositionellen Strömungen auf dem Verbandstag 1919 wieder hauptamtliches Vorstandsmitglied wurde.[9]

Carl Severing[10] eröffnete seinen Bericht über die Stellungnahme der Maifeier-Kommission mit einem persönlichen Bekenntnis: »*Ich gebe zu, ich bin aus einem Saulus zum Paulus geworden, ich habe mich gemausert, ich halte das aber für keine Schande. Wenn man der Meinung ist, daß man das, was man einmal als richtig erkannt hat, auch unter veränderten Umständen aufrecht erhalten muß als aller Weisheit letzten Schluß»ich glaube, dann ist man kein einsichtiger, sondern ein furchtbar verrannter Kerl. Das möchte ich nicht sein, ich möchte mich lieber zehnmal mausern als ein dummer Kerl sein. Damit will ich natürlich nicht sagen, daß diejenigen, die anderer Meinung sind, unter allen Umständen dumme Kerle sind, die können sich ja später mausern.*« Die um Ironie bemühte Rede wurde, wie das Protokoll vermerkte, mit »großer Heiterkeit« quittiert,

obwohl sie im Gegensatz zu der von Reichel befürworteten Mannigfaltigkeit der Meinungen doch nur eine einzige richtige Haltung zum 1. Mai postulierte. Zugleich sprach Severing die Befürchtung aus, daß die Delegierten »*um des lieben Friedens willen*« die Resolution nicht annehmen würden, obgleich sie sie im Grunde befürworteten. Severing selbst teilte solche Ängste nicht, weil er davon ausging, daß die Delegierten einem der »Überzeugung« und nicht dem »lieben Frieden« verpflichteten Männer-Ideal anhingen: »*Wir haben Männer auf der Generalversammlung und keine Memmen, Männer, die nur eine Meinung haben und nicht zweierlei Zungen reden.*«[11] Entsprechend dem eigenen Denken kompromißlos zu handeln, war für Severing offenbar ein konstitutives Element des Mannseins.

Bevor nun aber nach diesem Machtwort eine Diskussion beginnen konnte, stellte der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Schweinfurt den Geschäftsordnungsantrag, ohne Debatte die Resolution anzunehmen. Schließlich sei die Maifeier schon seit Jahren diskutiert worden, so daß keine neuen Argumente mehr zu erwarten seien. Die Generalversammlung folgte dem GO-Antrag mit 94 gegen 65 Stimmen. Die Resolution wurde in namentlicher Abstimmung mit 129 gegen 51 Stimmen angenommen; die Männer hatten ihr Mannsein unzweifelhaft demonstriert, und die Vorstandslinie war scheinbar kurz und schmerzlos durchgesetzt. Das Verbandsorgan sollte sich indes noch Wochen mit dem Maifeier-Beschluß beschäftigen.

Schlagabtausch

Die sozialdemokratische Parteipresse lehnte den Beschluß der DMV-Generalversammlung offenbar mehrheitlich ab. Die Redaktion der MAZ reagierte auf diese Kritik, indem sie Ausschnitte veröffentlichte und ironisch-polemisch kommentierte. Die Palette der Zeitungen umfaßte u.a. den Vorwärts, die Frankfurter Volksstimme, die Schwäbische Tagwacht, die Freie Presse aus Elberfeld. Ganz besonders in Harnisch geriet die MAZ-Redaktion jedoch offensichtlich durch einen Artikel der Leipziger Volkszeitung (LVZ), die nicht mit Verunglimpfungen sparte. Mittels Kursivdruck lenkte die Redaktion den Blick ihrer Leser und Leserinnen auf die ihr besonders anstößig erscheinenden Formulierungen.[12] So hob sie Vorwürfe hervor, die eine »*geheime Maulwurfsarbeit*« *vor allem in der Verbandsleitung der Metallarbeiter*« anprangerten bzw. eine »*raffinierte Taktik einiger ihrer ›Führer‹*« behaupteten, die das Ziel hätten, der Arbeiterschaft die Maifeier zu »*verschandeln und verschlammen*«. Die Anklage gegen »*Dünkel*« und »*Hochmut*« einiger Gewerkschaftsführer, ihre Verunglimpfung als »*gewerkschaftliche Emporkömmlinge*«, denen »*Verachtung des großen Pöbels da draußen*« unterstellt wurde, wurde ebenso zitiert wie die Bezugnahme der LVZ auf die SPD-Parteipresse, die in diesem Zusammenhang gegen »*dünkelhafte Bevormundungsversuche*« des DMV-Vorstandes protestierte. Einen Höhepunkt erreichten die Verunglimpfungen mit der Feststellung, daß bisher »*für diesen Hochmutsteufel kein Raum in der Arbeiterbewegung*« gewesen sei: »*Er galt als die widerlichste Eigentümlichkeit von Kolonialassessoren und Regierungsräten.*« Dieses »*Parvenueprotzentum*« dürfe sich nicht in Gewerkschaftskreisen festsetzen.

Die amüsiert-frappierte Leserin gewinnt den Eindruck, daß die Gewerkschafter sich weniger über derartige Verbalinjurien erregten, als daß sie genüßlich in einen Wettstreit der Schimpftiraden einstiegen. Nachdem der Sieg auf dem Verbandstag so leicht errungen worden war, konterte die MAZ-Redaktion das ›Klagegeschrei‹ der Verlierer mit hämischem Lachen und triefender Ironie:

»*11 Tage (elf Tage) hat die sonst so fixe Leipziger Volkszeitung gebraucht, sich von dem Schrecken über unseren Maifeierbeschluß zu erholen. Dann aber holte sie zu einem vernichtenden Schlage aus gegen die Übeltäter, die es gewagt haben, ohne das Plazet der Leipziger Volkszeitung über die Maifeier einen Beschluß zu fassen. Am Mittwoch ... sauste der Blitzstrahl hernieder in Gestalt eines Leitartikels ... Die Leipziger Volkszeitung übernimmt auch die Schmerzensrufe des ›Teilnehmers an der Generalversammlung‹ aus der Frankfurter Volksstimme über die Beseitigung der besonderen Maiunterstützung. Daß es ausgerechnet die Leipziger Volkszeitung ist, die sich dem Lamento über den Wegfall einer erhöhten Unterstützung anschließt, das ist das Erheiternde an der Sache. Dasselbe Organ, das nicht genug jammern kann ›über das Verschwinden des Idealismus‹, das die Arbeiter systematisch zu ›Rrrrevolutionären erziehen will‹, heult darüber, weil der Beschluß unserer Generalversammlung in seiner Konsequenz bedeutet, daß der Einzelne selbst Opfer zu bringen habe für die Verwirklichung seiner Ideale.*«

Die DMV-Spitze kostete auch den Vorwurf aus, mit dem GO-Antrag einer großen Zahl von Rednern das Wort verweigert und damit eine Praxis fortgesetzt zu haben, die dem preußischen Abgeordnetenhaus entstamme und »*bisher von den deutschen Arbeitern mit recht als Gipfel der Niederträchtigkeit gebrandmarkt worden*« sei. »*In der Leipziger Volkszeitung*«, so spottete die MAZ, »*hat man gewiß auch schon einmal etwas von einer Geschäftsordnung gehört. Eine solche hatte auch unsere Generalversammlung sich gegeben.*«

Es mag Zufall sein, interessant ist aber, daß die MAZ an dieser Stelle die LVZ, die in ihrem Artikel von »Nichtswürdigkeit« gesprochen hatte,[13] falsch zitierte. Formalistische Verfahren, Andersmeinenden das Wort zu verweigern, hielt sie der Arbeiterbewegung ›nicht würdig‹. Der Vorwurf der »Niederträchtigkeit«, der Heimtücke und Hinterhältigkeit assoziieren läßt, klingt dagegen wesentlich wortgewaltiger und in seiner Ungeheuerlichkeit gleichsam ins Lächerliche verzerrt.

Es scheint, als brauchte die MAZ die LVZ, um ihre eigene Lust an Schimpf- und Hohntiraden auszuleben. Kritik erfuhr der DMV zwar in reichlichem Maße aus der sozialdemokratischen Presse, doch sie war meist im Ton weit moderater. Eine polemische Reaktion der MAZ schien viel eher gerechtfertigt, wenn sie sich auf eine ebenbürtige Gegnerin richtete. In ihrer nächsten Ausgabe stellte die MAZ-Redaktion fast mit Bedauern fest, die LVZ habe »*nicht das Echo geweckt, daß sie [die LVZ] so heiß ersehnte*«. Die meisten Parteiorgane hätten ihren Artikel »*totgeschwiegen*«. Doch sicher war es einer ernsthaften Kritik und Auseinandersetzung über den DMV-Beschluß und sein Zustandekommen wenig dienlich, die Leipziger Polemiken widerzukäuen. Gleichwohl stürzte sich die MAZ-Redaktion mit größter Freude auf den Kommentar des einen Blattes, der Bielefelder Volkswacht, die den LVZ-Artikel reproduziert hatte. Offenbar begeistert wurde das Urteil aufgenommen, daß die im Artikel »*enthaltene geistige Arbeit so gut wie Null ist*«, oder anders formuliert: »*die Menge der Schimpfworte direkt proportional dem Mangel an Intelligenz*« sei.[14] Die Beleidigungen waren also durchaus noch steigerungsfähig, indem den Gegnern Stupidität attestiert wurde.

Der Streit kreiste im Grunde um die Konfrontation zwischen den ›Schablonen‹ des Revisionismus und Radikalismus in der Arbeiterbewegung; im Hintergrund stand der alte Konflikt um das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften und die Rolle des Massenstreiks, Fragen, die äußerlich 1906 durch das Mannheimer Abkommen geklärt worden waren. Darauf verweist der Rückblick der zur linken Sozialdemokratie zählenden LVZ auf die ihrer Meinung nach seit Jahren Schritt für Schritt erfolgenden Versuche des DMV, die Maifeier als Massenaktion zu »*erdrosseln*«[15], ebenso wie die Empfehlung

der MAZ, die LVZ werde »*auch endlich einsehen lernen müssen, daß ... seit 1905 vier Jahre verflossen sind*«.[16]

Es ist also nicht erstaunlich, daß die LVZ in der Gewerkschaftspresse auf größere Resonanz stieß, so daß die MAZ-Redaktion in diesem Kreis eher zitierwürdige Unterstützung fand:[17] Obwohl sich beispielsweise das Korrespondenzblatt»aus einem – *Reinlichkeitsgefühl*« heraus – weigerte, »*gegen diese Schimpfereien [der LVZ] zu polemisieren*«, konnte es nicht umhin, Blättern wie der LVZ eine »*krankhafte Neigung*« zu »*Wahnideen*« zu bescheinigen, in denen sich »*die traurigen Wirkungen einer Art Gewerkschaftskoller [zu] erkennen*« gäben. Bei solchen Krankheitssymptomen helfe möglicherweise nur noch »*eine gründliche Kaltwasserkur*«– »*ehe es zu spät ist*«.

Die vom DMV betriebene allmähliche Eskalation der üblen Nachreden ist unverkennbar. Die LVZ hatte sich nur ein einziges Mal direkt zur GV geäußert[18], doch ihre Polemik lieferte der MAZ-Redaktion unendlichen Stoff, den auf der GV so leicht erreichten Abstimmungssieg auszukosten; sie machte sich lustig über die unterlegenen Gegner, stellte sie als stupid und letztlich als krank bzw. unzurechnungsfähig hin.

Disziplinierungsversuche

Der polemische Schlagabtausch war gleichwohl nicht beschränkt auf einen Konflikt zwischen Gewerkschaftsmännern und Parteimännern. Abweichler in den eigenen Reihen behandelte die DMV-Spitze nicht weniger zimperlich, wie das Nachhutgefecht einen Monat nach der GV zeigt, das sich die MAZ-Redaktion gegen ein einzelnes Mitglied gönnte. Das Objekt des Disziplinierungsversuchs hieß Alwin Brandes und war Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Magdeburg.[19] Brandes zeigte sich bereits 1909 als Vertreter eines moderaten und integrierenden Politikstils, den er auch 1919 repräsentieren sollte, als er als Vertreter einer gemäßigten Opposition in den neuen Verbandsvorstand wechselte.

In seinem Leserbrief an das Verbandsorgan versäumte Brandes nicht, sich explizit von dem Verunglimpfungsstil der LVZ zu distanzieren. Er hielt jedoch eine Richtigstellung der MAZ-Berichterstattung über den Verlauf der GV für notwendig. Er lobte zwar die »*ruhige, sachliche Art*« der Referenten, kritisierte aber besonders, daß die Delegierten der Generalversammlung 1909 gar keine Möglichkeit gehabt hätten, sich zur Maifeier-Frage zu äußern, da die Geschäftsordnung festlegte, daß Anträge auf Schluß der Debatte sofort zur Abstimmung kamen.

In der folgenden, sich über mehrere Ausgaben der MAZ hinziehenden öffentlichen Auseinandersetzung forderte dieser Funktionär der mittleren Führungsebene des DMV im Grunde eine Änderung der Geschäftsordnung, die dazu beitragen sollte, Minderheitsmeinungen besser Gehör zu verschaffen. Die Redaktion reagierte ganz aufgebracht auf diese Anregung zum Abbau möglicherweise vorhandener innergewerkschaftlicher Demokratiedefizite: »*Soll es etwa heißen, daß der Vorstand oder sonst jemand hinter den Kulissen oder sonstwie dafür tätig gewesen sei, die Minorität durch den Schluß der Debatte ›abzuschlachten‹? Wir bitten um eine deutliche Antwort.*« Überdies behauptete die Redaktion, von einer Minorität gar nichts bemerkt zu haben – trotz 51 Gegenstimmen zur Resolution. Der Magdeburger Geschäftsführer ließ sich nicht provozieren, sondern stellte eine gute Erziehung unter Beweis: »*Es galt bisher als parlamentarisch gut erzogen, wenn die Minorität einer Körperschaft ihren Groll herunterschluckte und nicht in lärmender Weise der Majorität bemerkbar machte, und ich hoffe, daß es so bleibt.*« Und Brandes betonte, ihm gehe es lediglich um die Ausgestaltung der Geschäftsordnung

und nicht um den Vorwurf einer besonderen Taktik des Vorstandes. Diese moderate, aber hartnäckige Gegenwehr erzürnte die MAZ-Redaktion so, daß sie ihrem Kritiker Unzurechnungsfähigkeit bescheinigen mußte: »*Wenn Kollege Brandes das nicht hat sagen wollen, so hat er sich, milde gesagt, höchst unüberlegt ausgedrückt.*« Doch der »Kollege« ließ sich so leicht nicht das Wort verbieten.

Zwei Monate nach der GV versuchte Brandes »*ein letztes Wort ... zu der Art, wie die Redaktion glaubt, Mitglieder behandeln zu können, die sich erdreisten, über einen Vorgang eine andere Meinung zu haben, als die Redaktion. Ich gebe zu, daß unsere Redaktion mehr kann, als ein ganz gewöhnlicher Lokalbeamter, so daß sie die Fähigkeit besitzt, zwischen den Zeilen etwas zu lesen, was weder in den Zeilen steht, noch andere Leute herauszulesen vermögen. Wegen solcher Eigenschaft mich aber abkanzeln zu lassen: ich drückte mich höchst unüberlegt aus, muß ich ablehnen ... Feststellen möchte ich sodann, daß mit der objektiven Darstellung eines Vorganges noch niemals bisher – und wahrscheinlich auch in Zukunft nicht – ›Kollegen schwer verdächtigt werden können.‹ Schließlich verbitte ich mit die Schulmeisterei, die wahrlich nicht am Platze ist.*« Die ihrerseits um Ironie bemühte Nach-Rede, in welcher sich die Vorstandsmitglieder diesmal nicht als Kolonialbeamte, sondern als »*Schulmeister*« desavouiert sahen, wurde von der MAZ-Redaktion alles andere als »*mit Heiterkeit*« quittiert. Im Gegenteil: Bevor ihr der unbequeme Lokalfunktionär, der sich nicht auf die in der MAZ-Redaktion offenbar beliebte Ebene der polemischen Auseinandersetzung begeben wollte, in seiner sachlich-moderaten Art über den Kopf wuchs, nutzte die Redaktion die Macht des längeren Hebels und beendete den Streit mit einem polemischen Schlußpunkt: »*Auf diese von mehr Wut als Logik zeugende Erwiderung brauchen wir nicht mehr viel zu antworten ... Was die Liebenswürdigkeiten des Kollegen Brandes gegen uns anlangt, so genügt es, sie tiefer zu hängen.*«

Macht zum allerletzten Wort»verordnete Einigkeit

Zweifellos kommt solcherart Zeitungslektüre dem voyeuristischen Unterhaltungsbedürfnis heutiger Leser und Leserinnen entgegen. Gleichwohl ist der extensive Stil der Auseinandersetzung, sind diese Rituale einer von Männern getragenen Streit›kultur‹, gerade vor dem Hintergrund der negativen Rückwirkungen auf die Werbekraft des Verbandes erklärungsbedürftig. Welche Funktion maßen Redaktion oder Verbandsvorstand dem Verbandsorgan zu? Als Diskussionsforum für die Mitglieder, in dem inhaltliche Kontroversen ausgetragen wurden, konnte es kaum attraktiv sein, wenn Vertreter von Minderheitenmeinungen auf die beschriebene Weise vorgeführt wurden. Ein Hamburger Delegierter hatte auf der GV 1909 das Recht der Mitglieder auf Kritik eingeklagt und im gleichen Atemzug den Vorstand kritisiert, der sich »*in letzter Zeit sehr empfindlich gezeigt*« habe. Dabei stünde das »*schneidige*« Auftreten gegenüber den Mitgliedern im krassen Gegensatz zur »*Zauderpolitik*« und zum »*Mangel an Initiative dem Gegner gegenüber*«.[20]

Eine Erklärung für diese Handhabung der Kritik in den eigenen Reihen könnte demzufolge im Verhältnis von Gewerkschaften und Arbeitgebern gesucht werden: Die Gewerkschaften wurden noch nicht von den Arbeitgebern als Verhandlungspartnerinnen anerkannt. Gerade in der Metallindustrie standen den Gewerkschaften mächtige Arbeitgeber gegenüber.[21] Der Metallarbeiterverband unterlag angesichts seiner realen Unterlegenheit möglicherweise dem Zwang der permanenten Vergewisserung der eigenen Stärke. Das ungleiche Machtverhältnis in den Arbeitsbeziehungen widersprach

einem Selbstbildnis der (Metall)arbeiter, wie es sich beispielsweise in den Emblemen der Geschäftsberichte ins Bild setzte: der nackte Männertorso als Idealbild des Arbeiters, der Stärke, Kraft und Macht über Natur und Technik demonstriert.[22] Seiner relativen Machtlosigkeit gegenüber den Arbeitgebern mußte der DMV die Einigkeit der Arbeiterschaft entgegensetzen. Daher beanspruchte die Verbandsspitze die unangezweifelte Führungsrolle gegenüber der Mitgliedschaft, wobei Abweichler nur als Störpotential vorstellbar schienen. Dieses war der Vorstand bemüht, durch ein angemaßtes Recht des letzten Wortes zu kontrollieren. Insofern könnte die verbreitete Polemik, die Empfindlichkeit für und Abwehr von Kritik aus den eigenen Reihen als Ausdruck der tatsächlichen Schwäche der Organisation der ›starken Männer‹ interpretiert werden. Wenn aber schon männliche Kritiker als Störfaktor tendenziell mundtot gemacht wurden, mußte dann der DMV nicht auch gegenüber anderen, die Einheit(lichkeit) bedrohenden ›Fremdkörpern‹, so die weibliche Konkurrenz in der Metallindustrie, abwehrend reagieren?

Episode einer neuen ›Streitkultur‹

Mit der Revolution 1918/19 veränderte sich das Verhältnis von Gewerkschaften und Arbeitgebern entscheidend. Die Gewerkschaften wurden als Tarifpartner anerkannt. Indes war die Einheit des Metallarbeiterverbandes nun durch die Parteispaltung gefährdet, die erstmals auf der Nachkriegs-GV von 1919 zu einer Formierung der verschiedenen Strömungen im DMV zu parteigebundenen Fraktionen führte.[23] Mit dieser organisatorischen Stärkung erhielten die innergewerkschaftlichen Kritiker wesentlich mehr Spielräume. 1919 konnten die oppositionellen Delegierten ein Korreferat zum Vorstandsbericht durchsetzen. Auf den Generalversammlungen von 1921 und 1924 wurden den Fraktionen noch größeres Gewicht eingeräumt. Dazu diente das Instrument der »Rednergarnituren«. Das Verfahren sah vor, daß im Anschluß an den Vorstandsbericht Vertreter der drei Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Stärke, gemessen an der Größe der Delegiertengefolgschaft, in drei Runden auftraten. Die Redner der ersten Gruppe erhielten jeweils eine Stunde Redezeit, in der zweiten Runde stand eine Dreiviertelstunde zur Verfügung, die Redner der dritten Garnitur durften jeweils noch eine halbe Stunde sprechen. Damit war die freie Debatte, in der die übliche Geschäftsordnung jedem Redner und jeder Rednerin eine Redezeit von maximal zehn Minuten zugestand, beim Tagesordnungspunkt »Vorstandsbericht« praktisch außer Kraft gesetzt. Erklärtes Ziel war, mittels Rednergarnituren »*den Sturm auf die Rednertribüne, der erfahrungsgemäß nach dem Vorstandsbericht einsetzt, zu verhindern, der stets dazu geführt hat, daß viele Kollegen, die wichtige Fragen vorzubringen hatten, nicht mehr zu Wort kamen*«, so Max Urich, Berliner Vertreter der USPD-Fraktion.[24] Dem Instrument der Rednergarnituren wurde zugesprochen, einer Kanalisierung der Debatte hin zu mehr Sachlichkeit zu dienen und größere Stringenz in der Diskussion zu bewirken. Der Kommunistische Gewerkschafter lobte den in redetechnischer Hinsicht elitefördernden Charakter dieser Drei-Klassen-Kampfübung:[25] Die Fraktionen hätten dafür gesorgt, »*daß nicht Hinz und Kunz, sondern jeweils die besten Redner vorgeschickt wurden. Dadurch hat das Niveau der Beratungen eine früher nie gekannte Höhe erreicht.*« Diese Einschätzung teilte auch die MAZ-Redaktion: »*Die Diskussion erreichte eine prächtige Höhe. Alle drei Redner* [der ersten Garnitur] *suchten in sachlicher Form, unterstützt durch beweiskräftige Argumentation, den Verlauf der letzten zwei Jahre zu sondieren. Sie suchten nach Mitteln und Wegen, um dem Befreiungskampf des Proletariats zu*

dienen, um Fährten ausfindig zu machen, die das Proletariat herausführen aus der Quelle des Elends zur Höhe der Erkenntnis und des Lichtes.«[26]

Gleichwohl zeigen die namentlichen Abstimmungen, daß die Fronten zwischen den Fraktionen nahezu unüberwindbar tief gezogen waren. Lediglich im weiblichen Lager, das gleichfalls durch Fraktionsgrenzen getrennt war, konnten diese Grenzen zeitweise überwunden werden. Auf dem Verbandstag 1921 fanden sich die sieben weiblichen Delegierten zu einem gemeinsamen fraktionsübergreifenden Antrag zur Agitation unter den Metallarbeiterinnen zusammen.[27]

Offensichtlich war das Anfang der zwanziger Jahre in Form der Rednergarnituren praktizierte gleiche Rederecht der Fraktionen weniger im Sinne eines Meinungsbildungsprozesses wirksam. Vielmehr vergewisserten sich ausgewählte Mannschaften mit diesem Ritual wortreich eines ihnen gemeinsamen (nicht nur) nach außen gerichteten Macht- und Führungsanspruches. Nach außen feierte die MAZ folgerichtig den auf dem Verbandstag erbrachten Beweis der ›Politikfähigkeit‹ der deutschen Metallarbeiter: Die Verhandlung der Tagesordnung habe ein »*hohes Maß an Selbstbescheidung, Disziplin und Anstrengung*« verlangt. »*Nur unerschütterlicher Wille, in großer Zeit Großes zu vollbringen, vermag derartiges zu leisten ... Eine Klasse, die solches zu vollbringen imstande ist, hat den Befähigungsnachweis für höchstes Können erbracht.*«[28]

»Bonzen« versus »Schädlinge«

1926 kehrte man zu den traditionellen Verfahren der Geschäftsordnung zurück. Das Prinzip der Rednergarnituren wurde aufgegeben. 1928 wurde der oppositionellen KPD-Fraktion auch das Recht auf ein Korreferat zum Vorstandsbericht entzogen. Die Kanalisierung der Debatte schien in dem Maße weniger notwendig, in dem die KPD an Einfluß verlor, die Zahl der ihr verbundenen Delegierten immer kleiner wurde und damit die Gewerkschaftseinheit im DMV wuchs.[29] Während nämlich 1924 ein Drittel der Delegierten der KPD-Fraktion angehörten, waren es 1926 nur ca. 15%.[30] Im Vergleich zur Vorkriegszeit waren die Fronten zwischen Verbandsmehrheit und -opposition aufgrund ihrer jeweiligen Verankerung in den Parteien wesentlich verhärtet. Ab 1928, als die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition gegründet worden war, wurden Abschnitte über die parteipolitischen Auseinandersetzungen innerhalb des DMV in immer mehr Geschäftsberichten der Ortsverwaltungen zu einem prägenden Bestandteil. Die alte Polemik, die sich immer wieder an den SPD-orientierten »*DMV-Bonzen*« und den kommunistischen »*Schädlingen der Organisation*« ergötzte, fand zu neuer Blüte.[31] Angesichts zunehmender Unternehmerangriffe und dem ab 1930 staatlich verordneten Lohnabbau leisteten sich die Gewerkschafter mit dem polemischen Ausleben ihrer politischen Konflikte einen unpassenden Luxus. Die parteipolitische Spaltung der DMV-Mitgliedschaft machte es jedoch der Verbandsführung unmöglich, durch ›Machtwörter‹ die Schwäche der Arbeiterschaft zu überwinden und die Einheit der Arbeiterschaft zu erreichen. Letztlich versuchte eine breite Mehrheit der »*Bonzen*« die »*Schädlinge*« mittels Ausschlußverfahren loszuwerden.[32] Die Ohnmachtserfahrungen der ›starken Männer‹ im Konflikt zwischen Kapital und Arbeit schafften sich in rhetorischer Kraftmeierei und in stereotypisierenden Diffamierungen eine Ausdrucksform, die offensichtlich von vielen DMV-Männern als adäquat begriffen wurde und möglicherweise kompensatorisch wirkte.

Anmerkungen

1 Der DMV war die größte Organisation unter den Freien Gewerkschaften und erreichte 1919-1922 mit etwa 1,6 Mio. Mitgliedern (ca. 20%) einen Höhepunkt in der Mitgliederentwicklung. IG Metall (Hg.), 90 Jahre Industriegewerkschaft 1891 bis 1981. Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zur Industriegewerkschaft Metall, Köln 1981, S. 536. Der Frauenanteil betrug 1919 knapp 15% und sank bis zum Ende der Weimarer Republik auf etwa 6%. DMV (Hg.), DMV in Zahlen, Berlin 1932, S. 122. – Außer den Jubiläumsschriften gibt es keine umfassende Verbandsgeschichte des DMV.

2 MAZ Nr. 22, 31.5.1919, S. 81f.; Nr. 48, 27.11.1920, S. 199; Nr. 11, 12.3.1921, S. 53f.

3 Vgl. Protokolle der ordentlichen Generalversammlungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, bes. 18/1928, 19/1930, 20/1932 (abgek.: GV).

4 Z.B. Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1921. DMV-Ortsverwaltung Berlin, Berlin 1922, S. 11 u. 12 (abgek.: DMV Berlin); DMV, Verwaltungsstelle Leipzig, Geschäftsbericht über das Jahr 1919, Leipzig 1920, S. 3 (abgek.: DMV Lpz.); DMV, 3. Bezirk, Jahresbericht für 1929, Berlin 1930, S. 19 (abgek.: DMV 3. Bez.).

5 DMV Berlin 1922, S. 54; 1923, S. 63. – Die Berliner Ortsverwaltung zählte 1919 knapp 180.000, 1932 hingegen nur noch knapp 60.000 Mitglieder. Der Frauenanteil fiel in dieser Zeit von 30% auf unter 10% (Gesamtverband: von ca. 15% auf 6%). DMV Berlin 191ff.

6 Jahr- und Handbuch des DMV 1904, Stuttgart 1905, S. 182f.; MAZ Nr. 7, 26.2.1907, S. 51; DMV Berlin 1911, S. 152; Die 11. ord. GV des DMV in Breslau. Abgehalten vom 16. bis 21. Juni 1913 im Gewerkschaftshaus, Stuttgart 1913, S. 183.

7 Zur Maifeier: Udo Achten, Illustrierte Geschichte des 1. Mai, Oberhausen 1979; Inge Marßolek (Hg.), 100 Jahre Zukunft. Zur Geschichte des 1. Mai, Frankfurt a.M./Wien 1990.

8 Die 9. ord. GV des DMV in Hamburg. Abgehalten vom 31. Mai bis 5. Juni 1909 im Gewerkschaftshaus, Stuttgart, S. 190 ff. u. 236ff. Hieraus auch die folgenden Zitate.

9 Der besoldete Vorstand bestand 1919 aus drei Vorsitzenden, zwei Kassierern und vier Sekretären. Dem alten Vorstand hatten bereits angehört: Reichel als Vorsitzender (blieb bis 1933), Theodor Werner als Kassierer (bis 1924) und Hermann Zernicke als Sekretär (bis 1920). Zur Herausbildung und Charakterisierung der verschiedenen Strömungen: Rudolf Steinke, Der Deutsche Metallarbeiter-Verband 1914 bis 1924. Studie zur Sozial- und Organisationsgeschichte, Phil. Diss. TUB (MS), Berlin 1991, bes. S. 610ff., 666ff.

10 Carl Severing, der spätere preußische Innenminister, war zu diesem Zeitpunkt Geschäftsführer der DMV-Verwaltungsstelle Bielefeld.

11 Drei der 181 Delegierten waren im übrigen Frauen.

12 Die folgenden Zitate aus: MAZ Nr. 26, 26.6.1909, S. 202f.

13 LVZ Nr. 135, 16.6.1909.

14 MAZ Nr. 27, 3.7.1909, S. 212.

15 LVZ Nr. 135, 16.6.1909.

16 MAZ Nr. 26, 26.6.1909, S. 203. – Die russische Revolution 1905 hatte der Massenstreik-Debatte besondere Aktualität verliehen. 1906 erschien Rosa Luxemburgs Schrift »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften«. Die exponierteste Befürworterin des Massenstreiks schrieb unter anderem auch in der LVZ anläßlich des sozialdemokratischen Parteitages im September 1909 ein Plädoyer für die Maifeier. LVZ Nr. 210, 11.9.1909; auch: Vorwärts Nr. 213, 12.9.1909. Der LVZ-Artikel zum Maifeier-Beschluß des DMV vom Juni 1909 stammt indes nicht nachweislich aus der Feder von Rosa Luxemburg.

17 Korrespondenzblatt Nr. 26, 26.6.1909, zit. n. MAZ Nr. 28, 10.7.1909, S. 220.

18 In LVZ Nr. 150, 3.7.1909, wurde darüber hinaus von einer örtlichen DMV-Mitgliederversammlung in Markranstädt berichtet, auf der der Maifeier-Beschluß heftig kritisiert worden sei; in Nr. 158, 13.7.1909 erschien ein Artikel aus der Sicht österreichischer Metallarbeiter.

19 MAZ Nr. 28, 10.7.1909, S. 220; fortgesetzt in: Nr. 30, 24.7.1909, S. 235; Nr. 31, 31.7.1909, S. 243; Nr. 33, 14.8.1909, S. 261.

20 GV 1909, S. 86f. (Paul Dittmann).

21 Luitwin Mallmann, 100 Jahre Gesamtmetall: Perspektiven aus Tradition, 1890_1990, hg. v. Gesamtverband der Metallindustriellen Arbeitgeberverbände, Köln 1990. Zur Entwicklung der Arbeitgeberverbände im Kaiserreich mit einem kurzen Literaturüberblick: Elisabeth Domansky-Davidsohn, Arbeitskämpfe und Arbeitsstrategien des Deutschen Metallarbeiterverbandes 1891 bis 1914, phil. Diss. (MS), Bochum 1985, S. 11f.; zuletzt speziell zum Berliner

Metallarbeitgeberverband: Heidrun Homburg, Rationalisierung und Industriearbeit. Arbeitsmarkt-Management-Arbeiterschaft am Siemens-Konzern Berlin 1900_1939, Berlin 1991, bes. S. 207ff.

22 Siehe hierzu: Eric J. Hobsbawm, Man and Woman in Socialist Iconography, in: History Workshop Journal 6, 1978, S. 121_138, und die Erwiderungen in: 8, 1979, S. 167-182.

23 Siehe hierzu Steinke, Der Deutsche Metallarbeiter-Verband.

24 Die 15. ord. GV des DMV in Jena. Abgehalten vom 12. bis 18. September 1921 im Saale des Volkshauses, Stuttgart 1921, S. 179.

25 Kommunistischer Gewerkschafter Nr. 37, 1921 zit. n. MAZ Nr. 42, 15.10.1921, S. 217.

26 MAZ Nr. 39, 24.9.1921, S. 201.

27 Prot. GV 1921, S. 92 (Antrag 749).

28 MAZ Nr. 40, 1.10.1921, S. 205.

29 Vgl. u.a. Freya Eisner, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. o.J. (1977); Lore Heer-Kleinert, Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M./New York 1983; Werner Müller, Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der »Revolutionären Gewerkschafts-Opposition« (RGO) in Deutschland 1928-1933, Köln 1988.

30 Die Verteilung der Delegierten auf die Fraktionen läßt sich annähernd aus den Präsenzlisten und den namentlichen Abstimmungen der GVn ermitteln.

31 Z.B.: DMV Berlin 1929, S. 145ff.; DMV Lpz. 1930, S. 13f.; 1931, S. 10f.; DMV 3. Bez. 1930, S. 23.

32 Vgl. Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978 (1949), S. 183: Durch die Ausschlußverfahren »wurde der politische Friede ... wiederhergestellt«, allerdings durch »Ausmerzung, nicht durch Überzeugung und Einverleibung«.»